

Thomas Reck

Zwischen Emigration und Renaissance

Jüdisches Leben im heutigen Mittel- und Osteuropa

(Vortrag, gehalten am 24.2.2003 in Gelsenkirchen im Rahmen der Ausstellung

"Klezmerwelten")

Verschiedene jüdische Leben

Zur Überschrift "Jüdisches Leben im heutigen Mittel- und Osteuropa" ist zunächst anzumerken, dass es nicht möglich ist, die Lage der Juden in Polen, in Ungarn, in Rumänien, in der Ukraine oder auch im Baltikum über einen Kamm zu scheren. Zum Beispiel ist die Situation der polnischen Juden in Krakau anders als jene der ukrainischen Juden in Odessa. Das liegt u.a. am unterschiedlichen historischen Hintergrund. Die Juden in den einzelnen Ländern Osteuropas waren vom Massenmord während des 2. Weltkriegs in verschiedenem Maß betroffen. Etwa 90 Prozent der polnischen Juden wurden zwischen 1939 und 1945 ermordet, auf dem Gebiet der Sowjetunion brachten die deutschen Besatzer ca. 50% der jüdischen Bevölkerung um. So war die personelle Basis, an die jüdisches Leben nach 1945 anknüpfen konnte, in Polen viel geringer als in der Sowjetunion.

Dann gibt es beispielsweise auch gehörige Unterschiede zwischen der Situation in Odessa oder in Kaliningrad. In Odessa war es, wenn auch in sehr eingeschränktem Maße, nach 1945 möglich, an die frühere Tradition anzuknüpfen. In Kaliningrad, dem früheren Königsberg, war nach 1945 Tabula Rasa, eine jüdische Gemeinde hat sich dort erst mit der Perestrojka in den 1980er Jahren gebildet.

Zum Verständnis der heutigen Situation von Juden in Osteuropa sind zwei historische Faktoren von herausragender Bedeutung: zum einen, was das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion betrifft, die sowjetische Politik ab Ende der 1920er Jahre. Zum zweiten, das gilt für ganz Mittel- und Osteuropa, der Judenmord durch die deutschen Besatzungstruppen mit ihren Verbündeten. Dazu kommt dann noch die Politik gegenüber den jüdischen Bevölkerungen in den einzelnen Ländern nach 1945.

Es gibt da einige Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede. Ich will das im folgenden an den zwei Beispielen Ukraine mit Schwerpunkt Odessa und Polen mit Schwerpunkt Krakau herausarbeiten.

Die aktuelle Situationseinschätzung, die ich gebe, beruht hauptsächlich auf der Grundlage häufiger Besuche vor Ort während der letzten 15 Jahre, auf der Grundlage von Gesprächen mit Mitgliedern der örtlichen jüdischen Gemeinden.

1 Der historische Hintergrund

1.1. Sowjetunion/Odessa

Odessa war zur Jahrhundertwende 19./20. Jahrhundert das bedeutendste zionistische und jüdisch-literarische Zentrum im Zarenreich. Die Stadt beherbergte nach Warschau, das zu dieser Zeit ja auch zum zaristischen Russland gehörte, Polen existierte damals nicht als unabhängiger Staat, die größte jüdische Gemeinde des Zarenreiches und Europas. Im Zarenreich gab es einen starken Antisemitismus, der sich in einigermaßen regelmäßigen Abständen in Pogromen entlud, insbesondere Ende des 19. Jahrhunderts und auch im Zuge der Revolutionen 1905, 1917.

Ein nicht geringer Teil der jüdischen Bevölkerung verband mit dem bolschewistischen Putsch die Hoffnung, nun endlich Gleichberechtigung zu erlangen. Schon mit der Februarrevolution 1917 unter Kerenskyj wurden Juden gesetzlich gleichgestellt. Diese Gesetzgebung wurde von den Bolschewiki übernommen. Aber spätestens ab Ende der 1920er Jahre erwies sich die Hoffnung auf größere Freiheit als trügerisch, es begann das, was unter dem Schlagwort "Kampf gegen die Religion" in die Geschichte eingegangen ist. Synagogen und Kirchen wurden ab diesem Zeitpunkt geschlossen, zweckentfremdet, in Lagerhäuser, Sporthallen und anderes "umgewandelt". Wer weiterhin jüdisch leben wollte, galt als Nationalist, war Repressionen ausgesetzt. Im Unterschied zu russischen Christen, die in der Sowjetunion auch drangsaliert wurden, waren Juden einer doppelten Unterdrückung ausgesetzt: zum einen religiös, zum andern auch national. "Doppelt" verfolgt – religiös und national – wurden auch andere Gruppen, beispielsweise ukrainische Mitglieder der griechisch-katholischen Kirche (überwiegend ab 1945, als die Westukraine Bestandteil der Sowjetunion wurde). Insgesamt setzte ab Ende der 1920er Jahre eine Atheisierung des Lebens ein. Das war der Beginn der Zerstörung der reichen jüdischen Tradition. Dazu kam noch, auch das betraf nicht ausschließlich Juden und natürlich nicht die Masse der armen Juden, dass Menschen, die sozial oder politisch nicht ins Konzept passten, von den sowjetischen Machthabern deportiert oder ermordet wurden.

Vor dem 2. Weltkrieg lebten in der Sowjetunion etwa drei Millionen Juden, nach den sowjetischen Annexionen 1939/40 ca. fünf Millionen. Wichtige jüdische Siedlungsgebiete befanden sich auf dem Gebiet der Ukraine. In Odessa lebten am Vorabend des 2. Weltkriegs etwa 180.000 Juden, das waren 40 Prozent der Einwohner. Eine weitere sehr große jüdische Gemeinde gab es

in Kiew mit 160.000 Mitgliedern. Aufgrund historischer Ursachen lebte ein großer Teil der Juden in den westlichen Gebieten der Sowjetunion. Das zaristische Russland hatte sich erst mit den Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts einen nennenswerten Anteil an jüdischer Bevölkerung "eingehandelt". Viele polnische Juden lebten damals in Ostpolen, das vom Zarenreich annektiert wurde. Auch noch am Vorabend des 2. Weltkriegs war das das Hauptsiedlungsgebiet, d.h. im Wesentlichen die heutigen Territorien der Ukraine und Weißrusslands.

Etwa 50 Prozent der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion gelang es, vor den heranrückenden deutschen Truppen rechtzeitig ostwärts zu fliehen. Die andere Hälfte – in Odessa waren das ca. 90.000 bis 100.000 Menschen – wurde fast ausnahmslos von den Besatzungstruppen erschossen oder in den Lagern ermordet.

1.2. Polen

Polen hatte vor dem 2. Weltkrieg in Europa den höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil, etwa 10 Prozent, 3,3 Millionen Menschen, der Bewohner Polens waren Juden. Die polnischen Juden, die auf eine lange Geschichte seit dem Mittelalter zurück blicken konnten – ein Unterschied zur Sowjetunion, vormals zaristisches Russland – waren in den 1920er, verstärkt noch in den 1930er Jahren einem starken Antisemitismus ausgesetzt, der zum Teil – spätestens seit dem Tod des Marschalls Piłsudski 1935 - staatlich mitinspiert und unterstützt wurde. Wenn man allerdings die Lage der Juden im Polen der 30er Jahre mit der ihrer Glaubensgenossen auf sowjetischem Gebiet vergleicht, ging es den polnischen Juden ungleich besser. Es gab im Unterschied zur Sowjetunion noch ein lebendiges kulturelles und religiöses jüdisches Leben.

Warschau war mit 400.000 jüdischen Einwohnern, etwa einem Drittel der Stadtbevölkerung, die größte jüdische Stadt Europas. Krakau, auf das ich später noch eingehen werde, hatte einen jüdischen Bevölkerungsanteil von etwa 25 Prozent, 70.000 Juden lebten in der alten Hauptstadt.

Wie schon erwähnt wurden während des 2. Weltkriegs etwa 90 Prozent der polnischen Juden ermordet, überwiegend in den Vernichtungslagern Chełmno, Belżec, Treblinka, Sobibór, Auschwitz und Majdanek. Ca. 380.000 haben den Holocaust überlebt. Von den drei Millionen sowjetischen Juden überlebten etwa 1,5 Millionen.

Viele Überlebende waren hochgradig traumatisiert. Neben dem großen Verlust an Menschen war auch die jüdische Infrastruktur größtenteils vernichtet, Synagogen, jüdische Friedhöfe und andere jüdische Einrichtungen zerstört worden.

Weitere Kriegsfolgen

Der 2. Weltkrieg hatte auch auf der Ebene der Siedlungsstruktur einen starken Einschnitt im jüdischen Leben in Osteuropa zur Folge. Die Shtetlkultur war zum Verschwinden gebracht, die Bewohner ermordet worden. Davor hatten viele Juden in kleinen Landgemeinden gelebt, in Kleinstädten, die oft von 50 bis 80, 90 Prozent jüdischer Bevölkerung bewohnt waren.

Der Krieg löste große Bevölkerungsverschiebungen aus, Migrationen, an denen auch Juden Teil hatten. Anfang der 1920er Jahre waren nicht wenige Juden aus dem westlichen Teil der Sowjetunion Richtung Osten gezogen, um Arbeit in den Industriegebieten zu finden. Diese Migranten hatten während des 2. Weltkriegs eine größere Überlebenschance, weil sie weiter von der Front entfernt lebten. Nach Kriegsende wurde propagiert, in die westlichen Landesteile zu gehen, wo bessere Verhältnisse und freie Wohnungen zu finden seien, so dass nach 1945 innerhalb der Sowjetunion wieder eine jüdische Rückwanderung Richtung Westen stattgefunden hat. Die Migrationsbewegungen der Überlebenden hatten zum Ergebnis, dass die meisten Juden nach 1945 in den größeren Städten wohnten und dass nur ein kleiner Teil der jüdischen Stadtbevölkerungen alteingesessen war. In Odessa lebten beispielsweise 1955 wieder 100.000 Juden, von denen jedoch hatten weniger als 10 Prozent odessitische Wurzeln, 90 Prozent waren aus anderen Gebieten der Sowjetunion zugezogen.

2. Die Situation nach 1945

2.1. Sowjetunion

Nach 1945 wurde die Besonderheit des jüdischen Schicksals während des 2. Weltkriegs im ganzen "sozialistischen Lager" verschwiegen. Das kann man beispielsweise an vielen Gedenktafeln ablesen. Wenn von Opfern die Rede ist, findet man immer die Aufschrift: "Hier wurden so und so viele sowjetische Bürger ermordet" oder "Hier wurden so und so viele polnische Bürger ermordet". Keine Rede davon, dass die Ermordeten Juden waren, und dass sie einzig und allein aus dem Grund ermordet worden waren, weil sie Juden waren. Diese Gedenkpolitik hatte in den sozialistischen Ländern über viele Jahrzehnte Gültigkeit.

1948 beginnt in der Sowjetunion eine antisemitische Kampagne. In diesem Jahr wird das "Jüdische Antifaschistische Komitee" aufgelöst, die Protagonisten verhaftet und zum großen Teil ermordet. Das Komitee war im Jahre 1942 hauptsächlich mit der Zielsetzung gegründet worden, bei jüdischen Organisationen in den USA und in anderen westlichen Ländern Gelder für die

Kriegsführung der Sowjetunion einzuwerben. Viele Juden in der Sowjetunion hatten mit dieser ersten wieder zugelassenen jüdischen Organisation die Hoffnung verbunden, auch nach Kriegsende wieder ein jüdisch-kulturelles Forum zu haben. Diese Hoffnung starb 1948 mit dem Verbot und der "Liquidierung" der führenden Persönlichkeiten des Komitees.

1949 startete die sowjetische Führung die "Antikosmopolitismus-Kampagne", Leidtragende waren Juden. Die Machthaber wiesen den Vorwurf des Antisemitismus immer zurück, betrieben ihn jedoch faktisch unter den Parolen des "Antikosmopolitismus" oder, etwas später, "Antizionismus".

1951/52 wurden jiddisch-schreibende Schriftsteller in der Sowjetunion des Nationalismus bezichtigt und viele ermordet. 1952/53 kam es zu weiteren Morden an Mitgliedern der intellektuellen jüdischen Elite.

1953 wurde schließlich das "Ärztekomplott" in die Welt gesetzt, die Behauptung, eine Gruppe jüdischer Ärzte trachte Stalin nach dem Leben. Mit diesem "Ärztekomplott" einher ging im Januar 1953 der Plan, ausnahmslos alle sowjetischen Juden nach Sibirien, Kasachstan und Birobidzhan in den fernen Osten der Sowjetunion zu deportieren. Zeitzeugen berichten, dass die Züge schon bereit standen und es besteht kein Zweifel, dass ein Großteil der Menschen diese Deportationen nicht überlebt hätte. Glücklicherweise starb Stalin im März 1953, die Massendeportationen wurden nicht durchgeführt.

Danach trat unter Chruschtschow eine gewisse Liberalisierung ein, jedoch gab es in der Sowjetunion bis zu ihrem Ende Antisemitismus in verschiedenen Ausformungen, vom Staat gesteuert, mal schwächer, mal stärker, mal etwas subtiler, mal weniger subtil.

Beispielsweise wurden Synagogen von Spitzeln überwacht. Wer beim Gottesdienstbesuch "erwischt" wurde, konnte seine berufliche Karriere vergessen. Das schuf ein Klima der Angst. Man musste ja von etwas leben und konnte sich die berufliche Zukunft nicht verbauen. So wurden die wenigen offen gehaltenen Synagogen überwiegend von alten Leuten besucht, die diesbezüglich nichts mehr zu befürchten hatten.

Bestimmte höhere berufliche Positionen, im Betrieb oder auf dem Amt, waren für Juden Tabu. Es gab an den Universitäten einen "jüdischen Numerus Clausus", von Ort zu Ort unterschiedlich gehandhabt. In Odessa mit seiner starken jüdischen Tradition waren die Behörden strikter als an anderen Orten. Eine jüdische Freundin durfte Anfang der 1970er Jahre allein aus dem Grund nicht Literaturwissenschaft in Odessa studieren, weil sie eine jüdische Odessitin war. In Tallinn, der Hauptstadt der estnischen Sowjetrepublik ohne große jüdische Tradition, wurde es ihr gestattet. Dieses Beispiel ist kein Einzelfall.

Wie alle anderen Völker der Sowjetunion waren natürlich auch Juden den übrigen repressiven Maßnahmen des Regimes ausgesetzt. Auf der anderen Seite gab es aber gleichwohl nicht wenige Menschen, darunter auch Juden, die die staatliche Politik in Ordnung fanden, die mit den Verhältnissen in der Sowjetunion zufrieden waren, die im Prinzip zu "Sowjetmenschen" geworden waren.

Die im Schulsystem und in anderen gesellschaftlichen Bereichen breit angelegte Erziehung zu Sowjetmenschen führte im Verein mit repressiven Maßnahmen dazu, dass die jüdische Tradition immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde und zum Ende der Sowjetunion kaum mehr da war.

Antisemitismus wurde von den sowjetischen Behörden auch als Werkzeug eingesetzt. Bei wirtschaftlichen oder anderen Problemen war es "nützlich", auf die vermeintlich Schuldigen verweisen zu können, die "Kosmopoliten", die "Zionisten", die jüdischen "Nationalisten" oder einfach auch "die Juden".

Solch eine Sündenbockpropaganda, nebenbei bemerkt, kann man natürlich nur betreiben, wenn man in Teilen der Bevölkerung eine entsprechende Aufnahmebereitschaft voraussetzt.

Allgemein war die "Schaffung von Sowjetmenschen" das Ziel. Nationale Eigenheiten sollten zum Verschwinden gebracht werden. Gleichzeitig wurde gegenüber den nichtrussischen Völkern – Juden, aber auch Ukrainern oder Georgiern oder Armeniern – eine Art Feigenblattpolitik betrieben.

So war ab den 50er Jahren *eine* jiddische Zeitschrift offiziell zugelassen: "Dos jiddische Hejmland". Es gab das ein oder andere jüdische Theater und in den großen Städten wurde meistens auch *eine*, oft abgelegene, mit öffentlichen Verkehrsmitteln schwer zu erreichende Synagoge nicht geschlossen.

Dem Vorwurf des Antisemitismus setzte man stets diese "Feigenblätter" entgegen.

2.2. Polen

Von den 380.000 polnischen Juden, die den Mördern entkommen waren, befanden sich 1946 ca. 240.000 in Polen, darunter etwa 50.000 Personen, die die Okkupationszeit in Verstecken auf polnischem Territorium überlebt hatten. Die Übrigen waren Rückkehrer aus der Sowjetunion und zum geringeren Teil Westeuropa, jüdische Soldaten der polnischen Armee und Überlebende der Konzentrationslager.

Von dieser im Vergleich zur jüdischen Vorkriegsbevölkerung sehr geringen, aber insgesamt doch nicht ganz kleinen Zahl von 240.000 Juden lebten 25 Jahre später nur noch ca. 10 Prozent in Polen. Der starke Rückgang hat – neben dem Wunsch vieler Überlebender, nicht mehr dort leben zu wollen, wo die Angehörigen ermordet worden waren – eine wichtige Ursache in antisemitischen Vorkommnissen in der Volksrepublik Polen.

Vielen ist der Pogrom von Kielce im Juli 1946, dem 42 Juden zum Opfer fielen, ein Begriff. Weniger bekannt ist, dass es in den Jahren 1945/47 auf polnischem Gebiet zahlreiche weitere Pogrome mit einer Gesamtopferzahl von schätzungsweise 2.000 Juden gab. Das löste eine Massenauswanderung Richtung Westen, Richtung sich formierendes Israel aus und führte dazu, dass Ende der 1940er Jahre von den 240.000 Juden nur noch 80.000 in Polen verblieben.

In den 50er Jahren kam es zu einer zweiten Emigrationswelle, die in gewissem Maße eine Reaktion auf die antisemitische Politik in der Sowjetunion und den sozialistischen "Bruderländern" war (bspw. der stark antisemitisch motivierte Slansky-Prozess in der Tschechoslowakei).

Schließlich haben wir im Jahre 1968 die letzte große staatlich gesteuerte antisemitische Kampagne in Polen, die zunächst als Instrument in Machtkämpfen innerhalb der "Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei" fungierte, bald aber weit darüber hinaus ging. Juden wurden aus der Partei ausgeschlossen, verloren ihre Arbeitsplätze, ihre Wohnungen, weitere 30.000 wurden aus dem Land geekelt. Danach, die Schätzungen sind sehr unterschiedlich, lebten noch ca. 10.000 bis 20.000 Juden in Polen.

Während der ersten Phase der unabhängigen Gewerkschaft "Solidarität" 1980/81 fand erstmals eine offene Auseinandersetzung vor allem jüngerer nichtjüdischer Polen mit diesem Teil der Vergangenheit ihres Landes statt. Damals begann, was nach 1989 eine Fortsetzung fand: die Enttabuisierung des jüdischen Themas "von unten".

Ab Mitte der 80er Jahre betrieb auch die polnische Regierung eine "judenfreundlichere" Politik. Man bemühte sich, die 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Israel wiederzubeleben. An für die jüdische Geschichte relevanten Orten wurden Gedenktafeln angebracht, auf denen im Unterschied zu früher nun auch ausdrücklich das besondere jüdische Schicksal Erwähnung fand.

Manche sahen in dieser neuen Politik jedoch auch antisemitische Motive: Mitte der 80er Jahre war Polen hoch verschuldet, man brauchte Kredite und legte Wert auf ein gutes Verhältnis zu den USA. Und man war der Meinung, in den USA gebe es einen starken jüdischen Einfluss, dem man irgendwie entgegenkommen müsse.

Eine ähnliche Entwicklung ab Mitte der 80er Jahre ließ sich auch in der DDR beobachten.

3. Von der Perestrojka zur politischen Wende bis heute

3.1. Sowjetunion

Ab der Perestrojka Mitte der 1980er Jahre wurde es für Juden sehr viel einfacher aus der Sowjetunion auszuwandern. Vorher war das gelegentlich auch möglich gewesen, aber mit größeren Schwierigkeiten und Problemen verbunden. Die liberale Auswanderungspolitik unter Michail Gorbatschow führte dazu, dass Hunderttausende Juden die Sowjetunion verließen, vor allem nach Israel, in die USA und auch zu nicht geringem Teil nach Deutschland. Das spiegelt sich in der Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden in Deutschland wider, die sich seit 1989 von ca. 30.000 auf über 100.000 mehr als verdreifacht hat.

Meine These ist, dass die Menschen – angesichts der enorm schwierigen ökonomischen Situation – größtenteils aus, wie ich finde vollkommen legitimen, wirtschaftlichen oder politischen Gründen die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten verlassen haben, auf der Suche nach einem besseren Leben.

Mitte der 1980er Jahre lebten in der Ukraine, die 1991 unabhängig wurde, etwa 500.000 Juden, in der gesamten Sowjetunion ca. eine bis 1,5 Millionen.

Bis zur Mitte der 90er Jahre wanderte ungefähr die Hälfte aus.

Es ist aus verschiedenen Gründen sehr schwierig, exakte Zahlen bezüglich der jüdischen Bevölkerung anzugeben.

In der Sowjetzeit war es angesichts der bereits umrissenen Verhältnisse von Nachteil jüdisch zu sein. Deshalb "machten" sich viele Juden, wenn es irgendwie ging, zu Nichtjuden. In der Sowjetunion war die Nationalität – und "jüdisch" galt als Nationalität, man hatte ein "J" im Ausweis – im Pass eingetragen. Nicht wenige Juden ließen sich als "Russen" oder "Ukrainer" registrieren. Jüdisch-nichtjüdische Ehepaare bevorzugten es in der Regel, ihre Kinder nicht als jüdisch zu "deklarieren".

Ab der Perestrojka wiederum konnte es Vorteile bringen Jude zu sein. Deshalb machten einige ihren früheren Schritt rückgängig und wurden wieder Juden. Darüber hinaus gab es Fälle, in denen sich Nichtjuden zu "Juden" "gemacht" haben. Papiere kann man fälschen. Zahlenmäßig sind solche Vorgänge "im Hintergrund" schwer zu erfassen. Eine Motivation dafür war, aus den sehr schwierigen Lebensverhältnissen herauszukommen. Sowohl die Emigration aus der Sowjetunion als auch die Immigration in die Zielländer war für Juden ab der Perestrojka viel einfacher als für Nichtjuden. Deutschland hatte zeitweise sehr großzügige Aufnahmeregelungen, Israels Tore standen und stehen Juden ohnehin offen.

Auch wenn man nicht emigrieren wollte, konnte es unter Umständen ganz "praktisch" sein Jude zu sein, denn die entstehenden und sich dann im Laufe der 90er Jahre dynamisch entwickelnden jüdischen Gemeinden in den größeren Städten der ehemaligen Sowjetunion hatten attraktive Angebote, die man nutzen konnte, wenn man Jude war.

Besonders vor dem Hintergrund der sowjetischen Verhältnisse - 70 Jahre Atheisierungspolitik mit der Tabuisierung all dessen, was jüdisch war - ist die Frage "wer ist Jude?" und damit auch die Frage, wie viele Juden in den betreffenden Ländern lebten und leben, schwierig zu beantworten. Schwierig auch vor dem Hintergrund der Frage, ob das Judentum "lediglich" eine Religion oder auch eine Nationalität oder eine Ethnie ist. Ist jemand, der eine jüdische Mutter hat, aber nie eine Synagoge betritt und mit Religion, jüdischer Kultur und Geschichte nichts am Hut hat, Jude? Ist jemand, der aufgrund seines jüdischen Vaters staatlich diskriminiert wird, was in der Sowjetunion vorkam, kein Jude? Wer hat die Definitionsmacht? Die Menschen selber? Die Religion? Die Verfolger?

Ob man heute in einem ehemals sozialistischen Land als Jude "anerkannt" wird, ist von Stadt zu Stadt, von Rabbiner zu Rabbiner unterschiedlich. Manche akzeptieren ausschließlich die religiöse Definition, anderen "genügt" aufgrund der problematischen sowjetischen Vorgeschichte ein jüdischer Großelternteil, um die Enkel in die Gemeinde aufzunehmen.

Eine genaue Zahlenangabe, wie viele Juden heute in Polen, in Russland, in der Ukraine leben, wird auch dadurch erschwert, dass es keine "ordentliche Gemeindemitgliedschaft" gibt, wie in einem Sportverein oder wie das in Deutschland über die Anzahl der Kirchensteuerzahler erfassbar ist.

Wenn man sehen will, wie viele Menschen einer Gemeinde nahe stehen, ist ein Modell hilfreich, das vom Odessaer chassidischen Rabbiner Abraham Wolf stammt. Er beschreibt die Nähe zur Gemeinde in verschiedenen Kreisen. Im Kern stehen diejenigen, die in jüdischen Institutionen arbeiten, Rabbiner, Synagogenhelfer und vergleichbare Leute. Eine Bahn weiter außen stehen die Menschen, die die Synagoge täglich besuchen. In der chassidischen Synagoge in Odessa sind das 20 bis 30 Personen. Im nächsten Kreis befinden sich die 100 bis 200 Menschen, die am Sabbath zum Gebet kommen. Wiederum etwas weiter außen "kreisen" die mehrere Hundert Gläubigen um die Gemeinde, die an hohen Feiertagen die Synagoge besuchen. Die Straße davor muss an diesen Tagen abgesperrt werden, weil der Raum zu klein ist und die Leute bis auf die Fahrbahn hinaus stehen. Dann gibt es überwiegend ältere ärmere Menschen, die die von der Gemeinde angebotenen Sozialleistungen in Anspruch nehmen: kostenlose Medikamente, kostenloses Essen, das Menschen, die ihre Wohnung nicht mehr verlassen können, auch nach Hause gebracht wird. Einige Tausend Personen werden von den jüdischen Gemeinden in Odessa auf diese Weise

unterstützt. In einem weiteren "Kreis" befinden sich die Kinder, nach heutigem Stand etwa 1.000, die in den jüdischen Kindergärten oder Schulen unterrichtet werden. Diese Kinder wiederum tragen das, was sie in der Schule über jüdische Religion, Geschichte, Tradition lernen, in ihre Familien hinein. Was man heute beobachten kann, ist eine "Rejudaisierung" über die Kinder. Das "Normale" wäre ja, dass die Eltern den Kindern Wissen über Tradition, Religion und Geschichte vermitteln. In der postsowjetischen Ausnahmesituation ist es genau umgekehrt. In einem weiteren Kreis um die Gemeinde befinden sich die Leser jüdischer Zeitungen, die kostenlos verteilt werden. Es gibt heute drei jüdische Blätter in Odessa, die in einer Auflage von ca. 10.000 erscheinen. Wenn man bedenkt, dass eine Zeitung in der Regel nicht nur von einer, sondern von zwei, drei oder vier Personen gelesen wird, dann sind wir schon bei einer Zahl von bis zu 40.000 Personen, die über die Zeitung eine Art Verbindung zur jüdischen Gemeinde haben. Schließlich gibt es noch zwei jüdische Fernsehprogramme mit religiösen und kulturellen Inhalten, die in Odessa zweimal wöchentlich jeweils eine Stunde ausgestrahlt werden. Wie viele Menschen diese Sendungen aus welchen Motiven sehen, ist zahlenmäßig schon nicht mehr zu erfassen.

Außerhalb dieser "Kreise" gibt es dann noch Juden, die mit all dem nichts am Hut haben, die nicht in die Synagoge gehen, die nicht zum jüdischen Kulturverein kommen, die aber eine jüdische Mutter haben.

So ist deutlich geworden, dass sich die Frage, wie viele Juden heute in Odessa, in der Ukraine leben, nicht exakt beantworten lässt.

Mittlerweile ist in Odessa und den anderen großen Städten wieder möglich, was vor zehn Jahren noch schwer vorstellbar und vor 15 Jahren vollkommen ausgeschlossen war: ein jüdisches Leben von der Geburt bis zur Beerdigung zu führen. Es gibt alle Einrichtungen, die dafür notwendig sind. Man kann beschnitten werden, ernährt sich koscher, besucht den jüdischen Kindergarten und die jüdische Schule, feiert Bar Mizwa und jüdische Hochzeit, lässt sich bei Bedarf wieder scheiden und wird religiös korrekt begraben.

Die Motive der Menschen für ihren engeren oder lockereren Kontakt zur jüdischen Gemeinde sind sicher verschieden. Die einen finden wieder zurück zur Religion, entdecken für sich ihre jüdisch-religiöse Identität, andere haben kein religiöses Empfinden oder Bedürfnis, aber ein kulturelles oder nationales Zusammengehörigkeitsgefühl und gruppieren sich deshalb um neu entstandene jüdische Einrichtungen. Darüber hinaus gibt es auch in Odessa wie überall Personen, die lediglich die Leistungen der Gemeinde ausnutzen wollen.

In der Schwarzmeerstadt existieren mittlerweile drei jüdische Gemeinden. Eine chassidische Lubawitscher, mehr oder weniger als Gegenpol eine orthodoxe und schließlich seit kurzem auch

eine Reformgemeinde. Die Rabbiner der beiden erstgenannten kommen aus Israel bzw. aus den USA, sind also gewissermaßen "importiert". Der Urgroßvater der Gattin des Lubawitscher Rabbiners war jedoch vor der sowjetischen Zeit schon Rabbiner in Odessa und der Mann der Urenkelin kehrte nun wieder an diesen Ort zurück.

Das Verhältnis der Gemeinden zueinander ist von Ort zu Ort verschieden. Die Rabbiner sind sich der religiösen Unterschiede zwischen Chassidismus auf der einen und Orthodoxie auf der anderen Seite natürlich bewusst. Für die "einfachen" Gemeindemitglieder spielen diese Unterschiede aber so gut wie keine Rolle, sie machen die "Synagogenwahl" vielmehr von der Nähe zu ihrer Wohnung oder der menschlichen Sympathie zum Rabbiner abhängig. Der chassidische Rabbiner Wolf beantwortet die Frage nach den Unterschieden zwischen seiner und der orthodoxen Gemeinde gerne so: wie zwischen Coca Cola und Pepsi Cola. Auf die neu entstandene Reformgemeinde ist Wolf allerdings nicht besonders gut zu sprechen. Für ihn ist es nicht akzeptabel, dass dort eine Rabbinerin amtiert und er behauptet, dass diese Frau nicht einmal Jüdin sei.

In manchen ukrainischen Städten gibt es auch Ansätze von "Ökumene", einer Zusammenarbeit der jüdischen mit christlichen Gemeinden. In Odessa existiert ein von einem Salesianerpater geleitetes Heim für obdachlose Kinder, das in Notzeiten auch vom Rabbiner unterstützt wurde. In anderen Städten sieht es anders aus, gibt es mehr oder weniger oder auch keine Zusammenarbeit zwischen Christen und Juden.

Auch die "innerjüdische" Situation unterscheidet sich von Ort zu Ort. In Czernowitz beispielsweise amtiert ein "einheimischer" Rabbi, der während der Sowjetzeit einen Zivilberuf, Physiker, ausübte. Während der Perestrojka entdeckte er für sich die Religion, absolvierte in Israel und in den USA eine theologische Ausbildung, kehrte wieder in seine Heimatstadt Czernowitz zurück und amtiert dort nun als Rabbiner.

In Drohobytch, einer Kleinstadt von ca. 60.000 Einwohnern, 100 Kilometer südlich von Lemberg in der Westukraine gelegen, gibt es nur eine kleine Gemeinde mit etwa 500 Mitgliedern. Diese Gemeinde hat keinen eigenen ausgebildeten Rabbiner, die Rabbineraufgaben werden von einem älteren erfahrenen Gemeindemitglied hilfsweise ausgeübt. Dort ist es auch keineswegs wie in Odessa, Kiew, St. Petersburg oder Moskau möglich, ein jüdisches Leben von der Geburt bis zum Tod zu führen. Die Verhältnisse sind sehr viel einfacher. In den kleineren Gemeinden, sofern es sie überhaupt noch gibt, sind die Mitglieder in der Regel auch alt oder sehr alt, während in den größeren Städten auch viele Junge "nachwachsen".

In Lemberg, Westukraine, und Mukatschewo, Transkarpatien, der ukrainischen Grenzregion zu Ungarn, Rumänien und zur Slowakei, gibt es jeweils zwei jüdische Gemeinden oder Einrichtungen, die sich gegenseitig jedoch nicht besonders mögen. In Lemberg amtiert ein streng orthodo-

xer Rabbiner aus den USA, der von vielen alten sowjetisch geprägten Juden nicht akzeptiert wird. Die organisieren sich stattdessen in der eher weltlich ausgerichteten Kulturgesellschaft "Scholem Alejchem" und besuchen nicht die Synagoge des "importierten" Rabbiners. Sie sagen, das entspreche nicht ihrem Lebensgefühl, sei zu streng religiös und werde als aufgepfropft empfunden.

Wie eingangs erwähnt, ist die Lage in Kaliningrad eine sehr andere. In den ukrainischen Städten gab es zumindest rudimentäre Anknüpfungspunkte an die große frühere Tradition, in Kaliningrad dagegen nach 1945 nichts. Die deutschen Juden waren von den Deutschen ermordet oder vertrieben worden. Die wenigen, die nach Kriegsende noch in der Stadt waren, überlebt hatten, wurden gemeinsam mit den nichtjüdischen Deutschen ausgesiedelt. Das bedeutete das Ende der Königsberger jüdischen Gemeinde. Unter den sowjetischen Neuansiedlern befanden sich zwar auch Juden, im Kaliningrader Gebiet, das zum sozialistischen Experimentierfeld wurde, waren jedoch jegliche religiöse Aktivitäten bis zur Perestrojka untersagt. So formierte sich eine jüdische Gemeinde erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Heute hat diese Gemeinde etwa 2.000 Mitglieder, es gibt keinerlei personelle Kontinuität zur Königsberger Gemeinde von vor 1945. Seit einiger Zeit entdecken die Kaliningrader Juden die Geschichte jener Königsberger jüdischen Gemeinde jedoch für sich. Man kümmert sich um die materiellen Überreste, bringt den jüdischen Friedhof in Ordnung, beschäftigt sich mit Geschichte und Persönlichkeiten der Königsberger Gemeinde und stellt sich in diese Tradition.

Alle Rabbiner, mit denen ich sprach, sind sich darin einig, dass die Gemeinden in den großen Städten der ehemaligen Sowjetunion eine Zukunft haben. Der schon zitierte Rabbiner Wolf aus Odessa meint, diejenigen, die emigrieren wollten, seien mittlerweile weg. Die Emigration hat stark nachgelassen, im Moment kann man eher beobachten, dass sich Juden wieder etwas "vermehren". Das liegt u.a. an der Attraktivität der Angebote des Gemeindelebens, aber auch daran, dass es immer wieder Menschen gibt, die "erst" jetzt ihren Weg zurück zum Judentum finden. All die jüdischen Aktivitäten, die ich geschildert habe, wären ohne finanzielle Hilfe aus dem Ausland nicht möglich. Vor allem die jüdische Organisation "Joint" ist sehr aktiv, auch andere Institutionen, Stiftungen aus Israel, aus den Vereinigten Staaten leisten Unterstützung. Darüber hinaus fördern Einzelpersonen aus der Emigration Projekte in ihrer ehemaligen Heimat. Von grundsätzlicher Bedeutung hinsichtlich der Frage, ob die jüdischen Gemeinden eine Zukunft haben, ist die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Wenn die Lebensverhältnisse weiter so schwierig bleiben oder gar noch schlechter werden,

wird der Emigrationsdruck wieder steigen. Viel hängt auch davon ab, ob es bspw. dem ukrainischen Staat gelingt, auch gegenüber seinen jüdischen Bürgern ein Identifikationspotential aufzubauen. Betrachtet man die aktuelle ukrainische Politik, kann man da eher Zweifel haben. Es geht dabei auch um so alltägliche "praktische" Dinge wie die Verhältnisse in der Armee, in der es eine Tortur ist, seinen Wehrdienst abzuleisten. Wenn man nun als 17-, 18-jähriger Jude vor der Entscheidung steht, in diese Armee einzutreten oder lieber woanders hinzugehen, dann überlegt man sich das schon zweimal. Der Staat müsste dafür sorgen, dass in der Armee und in andern Bereichen der Gesellschaft zivile, demokratische Verhältnisse etabliert werden, um Emigrationsdruck zu nehmen.

Ein wichtiger Faktor hinsichtlich der Problematik der Emigration sind schließlich auch die Verhältnisse in Israel, dem wichtigsten und "einfachsten" Einwanderungsland. Je nach dem Stand der Dinge um Krieg und Frieden ist die Auswanderung dorthin für mehr oder weniger Menschen eine Option.

Ein neues Phänomen, das seit wenigen Jahren – in allerdings bescheidenem Umfang – zu beobachten ist, ist die Rückwanderung. Juden, die ausgewandert waren, kehren – enttäuscht von der sozialen Kälte in den westlichen Gesellschaften – wieder in ihre alte Heimat zurück.

3.2. Polen

Wie bereits ausgeführt, sind nach 1945 viel weniger Juden in Polen als in der Sowjetunion verblieben.

Man schätzt, dass in Odessa heute 40.000 Juden leben, in Krakau dagegen nur 150. Die Warschauer jüdische Gemeinde hat einige Hundert Mitglieder.

Allerdings gibt es in Polen seit 1989 einige neue Entwicklungen, die es schwierig machen, konkrete und verlässliche Zahlen zu nennen.

Seit den frühen 1990er Jahren ist der Rabbiner Michael Schudrich aus den USA in Polen tätig. Er ermunterte junge Leute, nach jüdischen Wurzeln in ihren Familien zu forschen und sich gegebenenfalls dazu zu bekennen. Das war für manche ein attraktiver Gedankenanstoß und führte dazu, dass einige Hundert junge Polen ihre jüdische Identität entdeckten.

In der Volksrepublik Polen war das Jüdischsein von nicht wenigen Juden "abgelegt" worden. Darunter waren Menschen, die den 2. Weltkrieg auf der "arischen Seite" überlebt, indem sie eine nichtjüdische Identität angenommen hatten, die sie auch nach 1945 beibehielten. In den Familien, die diese Menschen nach dem Krieg gründeten, wurde oftmals nie über die jüdische Vergan-

genheit gesprochen. Erst mit dem Näherrücken des Lebensendes in den 90er Jahren verspürten viele der Eltern das Bedürfnis, Ihren Kindern die Wahrheit zu erzählen. So fanden manche der mittlerweile um die vierzigjährigen "Kinder" zu ihrer jüdischen Identität.

Darüber hinaus gibt es auch Juden, die den 2. Weltkrieg als Kleinkinder bei christlichen Familien versteckt überlebt haben. Ihre Eltern wurden während des Krieges ermordet, die Kinder nach 1945 in den nichtjüdischen polnischen Familien christlich erzogen.

Die Publizistin und Schriftstellerin Hanna Krall beschreibt das Phänomen, dass auch viele dieser Pflegeeltern kurz vor ihrem Tod das Bedürfnis haben, ihren Pflegekindern die Wahrheit zu sagen.

In Warschau gibt es ein "Jüdisches Forum", das sich mit derartigen Fragen beschäftigt. Ein Aufruf dieses Jüdischen Forums illustriert die eben umrissenen Erscheinungen sehr gut:

"Hast du jüdische Wurzeln?

Ist das ein Problem für dich? Oder dein Geheimnis?

Oder vielleicht deine Leidenschaft, dein Stolz, deine Hoffnung?

Vielleicht schämst du dich deiner jüdischen Herkunft? Vielleicht hast du Angst? Kommt es vor, dass du sie verbirgst? Vielleicht weißt du nicht, wie du es deiner Frau oder deinem Mann sagen sollst? Oder auch deinen Mitschülern, deinem Freund, deiner Freundin? Was solltest du deinen Kindern erzählen? Wie soll man mit den Arbeitskollegen darüber sprechen? Und bei welcher Gelegenheit?

Vielleicht empfindest du im Innern Stolz oder auch ein Verbundenheitsgefühl mit anderen Juden, aber du weißt nicht, wie du das ausdrücken könntest? Vielleicht bedauerst du, dass dir so wenig über deinen jüdischen Hintergrund erzählt wurde? Vielleicht möchtest du andere Juden kennen lernen, hast aber keine Gelegenheit dazu? Vielleicht irritiert dich etwas, du fühlst eine Fremdheit? Vielleicht denkst du, die Antisemiten haben doch ein bisschen Recht?

Vielleicht weißt du nicht, wie du auf Antisemitismus reagieren kannst? Vielleicht denkst du, die allgemeinen Probleme seien wichtiger als die Spezialangelegenheiten der Juden? Vielleicht meinst du, dass das Judentum für dich keinerlei Bedeutung hat, und es irritiert dich, dass andere manchmal diese Bedeutung in dir sehen? Vielleicht ist dir die Synagoge fremd, die Kirche dagegen nah? Vielleicht fürchtest du, dein Polentum zu verraten, wenn du die Bedeutung deines Judentums anerkannt?

Du bist nicht allein mit diesen Problemen.

Wir sind eine Gruppe von Menschen mittleren Alters, die das gemeinsame Nachdenken über eine nicht eindeutige Beziehung zu ihren jüdischen Wurzeln fördern möchte. Im Jüdischen Forum treffen sich religiöse und nichtreligiöse Juden. Wir sind wie du. Wir haben Erfahrung mit

dem langen Reifungsprozess zu einer entschiedenen jüdischen Identität, obwohl manche von uns in gänzlich polonisierten Familien aufgewachsen sind. Wir wollen all jenen helfen, die eine bewusste Entscheidung über ihr Judentum treffen wollen, egal ob diese Entscheidung dafür oder dagegen ausfällt. Wir bieten Gespräche mit erfahrenen Leuten an, auch anonym über unser Vertrauenstelefon. Wir organisieren Zusammenkünfte mit Menschen mit ähnlichen Problemen. Im Kreise Gleichgesinnter kannst du, frei von jeglicher Verpflichtung, Erfahrungen austauschen und über deine Gefühle reden und du wirst verstanden. Das gibt auf jeden Fall Kraft.

Wenn du über dein Jüdischsein sprechen willst, dich beraten lassen oder etwas fragen möchtest, oder einfach nur laut denken, dann ruf an (...)

Die Kontaktaufnahme verpflichtet dich zu nichts. Wir sichern Diskretion zu."

[Aufruf übersetzt von T.R., zitiert nach der Broschüre: März '68 – Der März Schock, Hg. von der Stiftung Jüdisches Forum in Polen und der Jüdischen Gemeinde Warschau, Warschau 1998].

In Polen gibt es heute noch ein großes, von den Nazis nicht zerstörtes, materielles jüdisches Erbe: Friedhöfe, Synagogen, Bäder, andere Baulichkeiten. Um dieses Erbe kümmern sich seit Mitte, Ende der 80er Jahre jüdische Organisationen in Polen, jüdische Organisationen und Einzelpersonen aus dem Ausland sowie nichtjüdische Polen, die die jüdische Geschichte als Teil ihrer polnischen begreifen. Gedenksteine wurden errichtet, Synagogen renoviert, Friedhöfe in Ordnung gebracht.

Im einst überwiegend jüdischen Krakauer Stadtteil Kazimierz ist in den letzten fünfzehn Jahren viel passiert, manche sprechen gar von einem jüdischen Revival. Seit 1990 finden jährlich jüdische Kulturtage mit Klezmermusik, Lesungen, Theateraufführungen statt. Mein Eindruck der Veränderungen in Kazimierz ist zwiespältig. Ich finde es gut, dass an das historische Erbe erinnert wird. Auch das aufrichtige Interesse vor allem vieler jüngerer Polen an diesem Teil der Geschichte ist sehr positiv. Auf der anderen Seite wurde, insbesondere nach den Dreharbeiten zu Steven Spielbergs "Schindlers Liste", einiges für Touristen eingerichtet, das nicht unbedingt mit der realen Geschichte zu tun hat. Es sind Cafés eröffnet worden, die sich "jüdisch" nennen, es aber nicht sind. Man trifft auf Nichtjuden, die als Juden verkleidet "jüdische" Musik spielen. (ähnliche Erscheinungen sind auch, nebenbei bemerkt, in Berlin zu beobachten). Böse formuliert könnte man von einem jüdischen Disneyland sprechen, es wird einem jüdisches Leben ohne Juden vorgegaukelt.

Antisemitismus

Es gibt in Mittel- und Osteuropa heute zweifelsohne Judenfeindlichkeit. Fast alle Juden, mit denen ich im Laufe der letzten zehn Jahre in Russland, Polen und der Ukraine über dieses Thema gesprochen habe, sagten aber, dass sie im Vergleich mit dem staatlichen Antisemitismus der Sowjetunion erfreulicherweise viel geringer geworden und nicht bedrohlich sei.

Nicht wenige deutsche Reisende reagieren auf derartige Äußerungen oft verwundert, haben sie doch aus Deutschland die Vorstellung mitgebracht, in den ehemaligen Warschauer Pakt Staaten tobe seit der "Wende" ein wilder Antisemitismus. Manche Touristen scheinen fast enttäuscht, wenn ihnen ukrainische Juden versichern, sich nicht bedroht zu fühlen, und wollen diesen Aussagen keinen rechten Glauben schenken.

Sei es, weil sie eine Projektionsfläche oder Negativfolie für den angeblich "geläuterten deutschen Umgang mit den Juden" nun nicht vorfinden, sei es, weil auch in manchen wissenschaftlichen deutschen Publikationen viel Unseriöses über das Ausmaß des Antisemitismus in Osteuropa verbreitet wird.

Es ist erstaunlich, wie zum Beispiel selbst der renommierte Historiker Wolfgang Benz zu pauschalen Schuldzuweisungen an die nichtjüdischen osteuropäischen Bevölkerungen kommt und ein Bild der Situation zeichnet, in dem sich m.E. auch die Mehrheit der osteuropäischen Juden nicht wiederfindet.

Im Resümee seines Aufsatzes "Tradition und Trauma: Wiederbelebter Antisemitismus in Osteuropa" (In: Mariana Hausleitner, Monika Katz (Hgg.): Juden und Antisemitismus im östlichen Europa, Wiesbaden 1995, S. 28-38) schreibt Benz:

"Daß Juden auf Flucht aus Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sinnen, liegt nahe, denn rationale Argumente haben erfahrungsgemäß gegen die aus Vorurteilen und Feindbildern gespeisten Wahnvorstellungen keine Wirkung, und jede Verschlechterung der ökonomischen Situation vergrößert die Gefahr. Der wiederbelebte Antisemitismus in Osteuropa hat viele Funktionen. Die Juden werden als Verursacher der kommunistischen Revolution wie als Agenten des Kapitalismus denunziert. Sie sind angeblich Schuld an der ökonomischen Misere und an sozialen Missständen. Vorbehalte gegen Modernisierung, gegen Demokratisierung und Liberalisierung werden auf 'die Juden' projiziert, und traditionelle atavistische Ressentiments dienen bei nationalen Selbstdefinitions-Bemühungen als Katalysator. Das Unbehagen über den Holocaust, über den eigenen Anteil am Völkermord spielt in einigen Ländern eine besondere Rolle. *Wir* [im Original kursiv; T.R.] kennen seit langem den Mechanismus der Abwehr und des Verdrängens aus Schuld und Scham. In Lettland und in der Ukraine, in Litauen und Polen muß der Umgang mit solchen entsetzlichen Elementen der Geschichte vielfach erst geübt werden. Möglicherweise bleibt es auch bei der Weigerung, sich mit dem jüdischen Schicksal auseinan-

derzusetzen, auf jeden Fall bildet der Antisemitismus in Osteuropa ein Bedrohungspotential, und nicht nur für Juden." (ebd. S. 38).

Benz kommt zu seinen Schlussfolgerungen auf der Grundlage einer Reihe von Zitaten aus Publikationen aus den betreffenden Ländern. Erlaubt man sich solch pauschale Urteile über ganze Bevölkerungen, darf der Leser erwarten, dass die Quellen, aus denen zitiert wird, in den betreffenden Ländern eine weite Verbreitung und Akzeptanz haben. Das ist jedoch – ohne dass darauf hingewiesen wird - nicht der Fall, ganz überwiegend handelt es sich um zwar ärgerliche und abstoßende, jedoch reichlich unbedeutende Blättchen. Auf dieser Basis zu dem zitierten Pauschalurteil zu kommen, ist unredlich und wissenschaftlich fahrlässig.

Zur Illustration soll das von Benz nicht zitierte, doch seinen Quellen durchaus vergleichbare in L'viv/Lemberg (Ukraine) monatlich erscheinende antisemitische Hetzblatt "Idealist" angeführt werden. Auf dessen Titelseite steht die Parole "Verabschieden wir ein Gesetz zur Deportation der Juden aus der Ukraine". Ohne Zweifel ekelhaft. Kann man jedoch daraus den Schluss ziehen, "die Ukrainer" seien Antisemiten und "den Juden" bleibe nichts anderes übrig als "auf Flucht (zu) sinnen"? Der "Idealist" hat die Auflage einer Schülerzeitung (ca. 1000), den meisten ukrainischen Juden und Nichtjuden ist das Blatt unbekannt.

Im Jahre 1995, also gerade vier (ehemalige Sowjetunion) bzw. sechs (Polen) Jahre nach dem Ende der Diktaturen, ein höheres Niveau in der Auseinandersetzung mit den über Jahrzehnte tabuisierten Themen einzufordern, erscheint auch wohlfeil, wenn man sich den Stand der Vergangenheitsaufarbeitung in Deutschland im Jahre 1949 vergegenwärtigt. Ungerecht ist schließlich, dass Benz die gesellschaftliche Situation in den betreffenden Ländern wenige Jahre nach der politischen Wende (enorme wirtschaftliche und soziale Probleme, die einen großen Teil an Lebensenergie in Anspruch nehmen, jahrzehntelange Tabuisierung des jüdischen Themas in der Sowjetzeit, Beginn der Aufarbeitung der alles verfälschenden sowjetischen Historiographie, die neben dem jüdischen auch andere Themen hat) in der Beurteilung ihrer Bevölkerungen nicht in Betracht zieht.

Bewertete man die Bundesrepublik mit ähnlichen Maßstäben wie Benz und andere das mit der Ukraine und anderen osteuropäischen Ländern tun, müsste man – angesichts regelmäßiger Friedhofsschändungen, polizeilich bewachter Synagogen, der "Deutschen National Zeitung", der "Jungen Freiheit", der mit Antisemitismen durchsuppten Israel-Palästina-, Möllemann-Friedman-Debatten – zum Schluss kommen, Deutschland sei ein durch und durch antisemitisches Land und den hiesigen Juden "nahe legen" "auf Flucht (zu) sinnen".

Es besteht kein Anlass, antisemitische Vorkommnisse, egal in welchem Land, zu verharmlosen. Es gab in den 1990er Jahren Anschläge auf Synagogen in Warschau und Moskau.

Es wird auch nicht bestritten, dass manche der Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion schlimme Erfahrungen mit Antisemitismus gemacht haben.

Es sollte jedoch in der Einschätzung des Ausmaßes und der Verbreitung von Antisemitismus in den mittel- und osteuropäischen Ländern Redlichkeit walten. In Polen und der Ukraine müssen jüdische Einrichtungen nicht permanent bewacht werden. Im Vergleich zu den Verhältnissen zu Zeiten des Warschauer Pakts ist das jüdische Leben heute dort ungleich freier, offener, hat viel mehr Möglichkeiten, wird staatlicherseits viel weniger drangsaliert.

Viele Juden sind in den letzten Jahren aus guten und verständlichen Gründen aus den Ländern Osteuropas nach Israel, Deutschland, in die USA ausgewandert (nicht "geflohen"), die meisten nicht aufgrund eines antisemitischen "Bedrohungspotentials".